



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die  
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

im Hause

**Tino Sorge MdB**  
Gesundheitspolitischer  
Sprecher

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030. 227-77410  
F 030. 227-76408

[tino.sorge@bundestag.de](mailto:tino.sorge@bundestag.de)  
[www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

Berlin, 27. Juni 2024

### **Aktuelle Stunde Corona-Masken-Beschaffung: Show-Veranstaltung statt seriöser Aufarbeitung**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

führende Vertreter der Koalitionsfraktionen haben in den vergangenen Monaten stets bekundet, eine Aufarbeitung der Corona-Pandemie dürfe sich nicht auf unlautere Schuldzuweisungen beschränken oder parteipolitischen Motiven folgen. **Diesen Kurs hat die Ampel mit dem heutigen Tag verlassen.**

Im Rahmen einer für heute Nachmittag angesetzten **Aktuellen Stunde** im Plenum wollen die Ampelfraktionen nunmehr die Beschaffung von Corona-Masken zum Thema machen. Auf diesem Wege möchte ich Sie und Euch informieren und den Vorwürfen der Ampel einige Informationen zur Klarstellung und Versachlichung der Debatte übermitteln:

**Öffentlich wird von der Ampel ein Schaden von 2,3 Milliarden Euro in den Raum gestellt.** Der Streitwert von 2,3 Milliarden Euro ist entstanden, weil sich das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) bei einigen Lieferungen aus dem Open-House-Verfahren weigerte, zu bezahlen, oder die Lieferungen nicht annahm, weil die Masken nicht bis zum vereinbarten Stichtag oder nicht in der vereinbarten Qualität geliefert wurden. Dagegen klagen Lieferanten. **Die Summe müsste der Bund allerdings nur dann zahlen, falls alle Lieferanten in den aktuell laufenden Verfahren Recht bekämen.**

Zu beachten ist: Ein Schaden wäre zweifelsohne entstanden, wenn der Bund diese Lieferungen beanstandungslos angenommen hätte. Dann hätte er für schlechte Qualität oder verspätete Lieferung gezahlt.

Auch von der aktuellen Leitung des BMG wird diese Rechtsauffassung weiterhin vertreten. Dieser Argumentation folgte zuvor auch das Landgericht Bonn in mehreren Verfahren, es vertritt damit eine dezidiert andere Auffassung als der in dieser Sache befasste 6. Senat des OLG Köln.

Die unterschiedlichen gerichtlichen Aussagen zum Open-House-Verfahren der letzten Jahre zeigen, dass die rechtliche Beurteilung keineswegs schwarz-weiß ist. Das unterstreicht die rechtliche Komplexität, an der unter Hochdruck gearbeitet wurde.

**Das BMG hat insgesamt rund 5,7 Milliarden Masken für rund 5,9 Milliarden Euro beschafft** – somit zu einem Durchschnittspreis von rund einem Euro. FFP2-Masken wurden phasenweise für 35 Euro pro Stück gehandelt. Der internationale Vergleich zeigt, dass andere Länder ein Vielfaches ausgaben – Großbritannien beispielsweise bis zu 18 Milliarden Euro.

2020 wurden über das Open-House-Verfahren etwa 580 Mio. FFP2- und etwa 475 Mio. medizinische Einwegmasken beschafft. Angesichts der Ungewissheit über den weiteren Pandemieverlauf musste man mit einem enormen Bedarf rechnen. **Allein für die rund 5,5 Millionen Beschäftigten im Gesundheitswesen hätte man bei einem Verbrauch von zwei Masken pro Tag einen Bedarf von rund 4 Milliarden Masken im Jahr kalkulieren können.**

**Die Umstände der Maskenbeschaffung waren bei Ausbruch der Pandemie katastrophal.** Im Frühjahr 2020 explodierte die weltweite Nachfrage. China, der Hersteller von rund 80 Prozent des weltweiten Maskenbedarfs, befand sich im Lockdown und hatte den Export aufgrund des eigenen Bedarfs weitgehend gestoppt.

In deutschen Krankenhäusern, Arztpraxen und Pflegeheimen fehlten nicht nur Masken, sie wurden dort sogar gestohlen. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte und das Robert Koch-Institut entwickelten zeitweise Empfehlungen zur Erhitzung von Masken für die mehrfache Verwendung.

Formal wären die Bundesländer für die Beschaffung zuständig gewesen, der Bund sprang hier ein, auch weil man keinen Bieterwettbewerb zwischen 16 Bundesländern auf dem Weltmarkt wollte. Den Beschaffungsämtern des Bundes bei BMI und BMVg gelang keine ausreichende Masken-Beschaffung. In der Folge übernahm das BMG die Aufgabe mit dem klaren Ziel, Leben zu schützen und die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems aufrechtzuerhalten.

**Der heutige Bundeskanzler war als damaliger Bundesfinanzminister in diese Verfahren eng eingebunden.** Das BMF war dauerhaft und intensiv in die Beschaffungsfragen involviert. Im Beschaffungstab waren das BMWK und das BMF vertreten. Regelmäßige Berichte zu Beschaffungsvorgängen erfolgten unter anderem im Kabinett und an den Haushaltsausschuss sowie den Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages.

Die Generalzolldirektion (Zuständigkeit: Finanzminister Olaf Scholz) war als ausführendes Organ im Open-House-Verfahren eingebunden. Anfang 2020 wurden zwei Nachtragshaushalte beschlossen, um die Herausforderungen der Pandemie zu bewältigen. Schon damals waren die finanziellen Lasten im BMF bekannt.

**Die Vorwürfe aus der Ampel kommen nicht umsonst gerade zu diesem Zeitpunkt. Sie sind parteipolitisch motiviert und werden der damaligen Notlage und ihrer erfolgreichen Bewältigung nicht ansatzweise gerecht.**

Für „mutwillige Überbeschaffungen“ und „unrechtmäßige Auftragsvergaben“ gibt es keine Belege. Das Open-house-Verfahren war transparent und offen für jeden Marktteilnehmer. Die Prozesse nach Ablehnung zu spät gelieferter oder mangelhafter Ware sind (auch nach heutiger Auffassung) des BMG gerechtfertigt.

Mit dem Wissen von heute würde man an vielen Stellen vermutlich anders entscheiden, aus damaliger Betrachtungsweise muss man sich aber die zwingende Frage stellen, was denn im Frühjahr 2020 die Alternative gewesen wäre. Auf jeden Fall wäre die mutwillige Unterbeschaffung von Masken **keine Alternative** gewesen. Alle maßgeblichen Entscheider, auch die der Grünen Partei und Fraktion, sahen das im März 2020 so. In ihrem Autorenpapier „Alle Kräfte bündeln – mit einer Pandemiewirtschaft Leben retten“ vom 31. März 2020 schreiben u.a. Annalena Baerbock und Robert Habeck:

*„...überall müssen jetzt die Krankenhäuser besser ausgestattet werden, überall braucht es viele Monate, vielleicht bis Mitte oder Ende nächsten Jahres, ein Hundertfaches der üblichen Bedarfe an Schutzmasken und Schutzkleidung.“*

Und weiter: *„Die Bundesregierung hat ihre Anstrengungen bislang darauf konzentriert, ihre Beschaffung in diesem Bereich deutlich auszuweiten. Dies ist in einem ersten Schritt auch richtig und notwendig gewesen. Gleichwohl ist dies bei einer weltweit steigenden Nachfrage nach diesen Gütern allein nicht ausreichend.“*

**Mit der heute angesetzten Aktuellen Stunde und einer gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses, in der Jens Spahn zu den damaligen Beschaffungsentscheidungen Auskunft gab, haben sich die Koalitionsfraktionen dazu entschieden, das legitime Ziel einer sachlichen Pandemie-Aufarbeitung zu einer Schlammschlacht verkommen zu lassen.**

Mit diesem durchschaubaren Manöver versuchen SPD, Grüne und FDP übrigens auch, darüber hinwegzutäuschen, dass sie sich seit Beginn dieser Legislatur nicht zu einer geordneten Aufarbeitung der Pandemie-Politik durchringen konnten.

Auf einen geeinten Koalitionsvorschlag, wie eine solche geordnete Aufarbeitung der Pandemie in dieser bald endenden Legislatur aussehen könnte, warten wir bis heute. Unser Vorschlag für ein Bund-Länder-Gremium liegt seit Monaten auf dem Tisch.

Gerne stehe ich Ihnen und Euch für weitere Fragen zur Verfügung.

Mit den besten kollegialen Grüßen



Tino Sorge, MdB